

Friebel, Harry

Working Paper

Wähler: Macht der geburtenstarken Jahrgänge?

Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 20

Provided in Cooperation with:

University of Hamburg, Department of Socioeconomics

Suggested Citation: Friebel, Harry (2006) : Wähler: Macht der geburtenstarken Jahrgänge?, Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 20, Universität Hamburg, Department Wirtschaft und Politik, Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/27088>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ARBEITSPAPIERE FÜR STAATSWISSENSCHAFTEN – WORKING PAPERS ON ECONOMIC GOVERNANCE

Nr. 20

Wähler – Macht der geburtenstarken Jahrgänge?

von

Harry FriebeI

Oktober 2006

ISSN: 1613-7000

Die Arbeitspapiere für STAATSWISSENSCHAFT/ Working Papers on ECONOMIC GOVERNANCE werden in unregelmäßiger Folge von der Professur ‚Wirtschaftspolitik und Economic Governance‘ am Department Wirtschaft und Politik der UNIVERSITÄT HAMBURG ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben:

Prof. Dr. Arne Heise
Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Department Wirtschaft und Politik
Von-Melle-Park 9

D-20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de

Das Verzeichnis aller Arbeitspapiere und anderer Veröffentlichungen/ List of all working papers and other publications:

www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm

Zitierweise:

Autor (Jahr), Titel, *Arbeitspapiere für Staatswissenschaften* Nr. X, Department für Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg

Citation:

Author (Year), Title, *Working Papers on Economic Governance* No. X, Department of Economic s and Political Science at Hamburg University

Wähler - Macht der geburtenstarken Jahrgänge?

Abstract

Im Rahmen einer empirischen Längsschnittstudie (von 1980-2004) wurde ein Sample der Hamburger Schulabschlusskohorte 1979 in bisher 16 Befragungswellen (etwa jede 1 1/2 Jahre) kontinuierlich über Familie, Erwerbsarbeit und politische Partizipation im Lebenslauf befragt. Der Artikel stellt ausgewählte Befunde zur Parteipräferenz (klassische Sonntagsfrage) und zur Identifizierung von gesellschaftlichen Problemlagen im Untersuchungszeitraum zur Diskussion. Dabei konzentrieren wir uns insbesondere auf die Frage, inwieweit dieses Sample als Repräsentanten der geburtenstarken Jahrgänge und der Kinder der Bildungsexpansion von politischen und parteipolitischen Periodeneffekten mitgeprägt wurde bzw. selbst parteipolitische Konstellationen und Entwicklungen mitprägt bzw. mitprägen wird.

Der Autor:

Prof. Dr. phil. habil. Harry Friebel
Universität Hamburg
Department für Wirtschaft und Politik
Von- Melle- Park 9
20148 Hamburg

e-mail: Harry.Friebel@wiso.uni-hamburg.de

Wähler - Macht der geburtenstarken Jahrgänge?

von Harry Friebel

Von 1980 bis 2004 begleiteten wir ehemalige Schüler/- innen aus Hamburger Haupt- und Realschulen und Gymnasien und ermittelten in einer Längsschnittstudie (mit insgesamt 16 Erhebungswellen) alle 1 ½ Jahre per Fragebogenbefragung Daten und Befunde zur politischen Partizipation im Kontext von beruflicher Qualifizierung, Erwerbsarbeit und Familienbildung. Das Untersuchungssample aus der Hamburger Schulabschlusskohorte 1979 wird von uns als „Modernitätssample“ (vgl. Friebel u.a., 2000) definiert, weil es in einer komplexen Weise vom gesellschaftlichen Strukturwandel geprägt wurde: die Befragten

- waren in den 70er Jahren Kinder der Bildungsexpansion: also mehr Bildungsoptionen
- waren zu Beginn der 80er Jahre Stiefkinder der Strukturkrise des Arbeitsmarktes: also mehr Arbeitsmarktrestriktionen
- sind Repräsentanten der geburtenstarken Jahrgänge – geboren zwischen 1959 und 1964: also mehr Verdrängungskonkurrenz.

Der Strukturwandel hat sich in die Biographien des Untersuchungssamples eingeschrieben.

Diese Baby-Boom-Generation bekam ihr passives Wahlrecht Anfang der 80er Jahre – zeitgleich mit der Gründung der Grüne-Partei und der ersten Wahl des CDU-Kanzlers Kohl für sein 16 jähriges Regiment. Das war zugleich die Ouvertüre einer neuen strategischen Polarisierung zwischen rot-grün und schwarz-gelb.

In Darstellung 1 haben wir die (Partei-) Politischen Konstellationen im Hamburger Senat und in der Regierung der Republik bezogen auf den Untersuchungsverlauf schematisch¹ veranschaulicht. Diese Dokumentation verweist darauf, dass die Schulabschlusskohorte '79 in Hamburg überwiegend einen SPD-dominierten Senat - in Bonn/Berlin überwiegend eine CDU-geführte Regierung - erlebte. Hinzu kommen noch die jeweils befristeten und unterschiedlichen Koalitionseinprägungen in Hamburg und Bonn/Berlin.

Der oben erwähnte gesellschaftliche Strukturwandel dieser Periode führte zu tief greifenden Veränderungen in der Arbeitswelt. Und es existierte für die junge Generation die Sogwirkung eines Wertewandels (vgl. Inglehart 1998). Auswirkungen dieses Struktur- und Wertewandels lassen sich auch in einem geänderten Wahlverhalten aufzeigen: Noch in den 60er und 70er

¹ Darstellung 1 impliziert auch schematische Informationen über den Lebenslauf der Schulabschlusskohorte '79 und über die Feldphasen unserer Längsschnittuntersuchung .

Jahren war das Wählerverhalten weitgehend vorhersehbar; es wurde in den 80er Jahren zunehmend entscheidungsoffen. Die alten klassischen Konfliktlinien (cleavages) als Determinanten der Wahlentscheidung verloren tendenziell an Bedeutung, neue Konflikte und Problemlagen bestimmten zunehmend die pluralistisch organisierte Gesellschaft (vgl. Hahn 2000 und Wolf 1999).

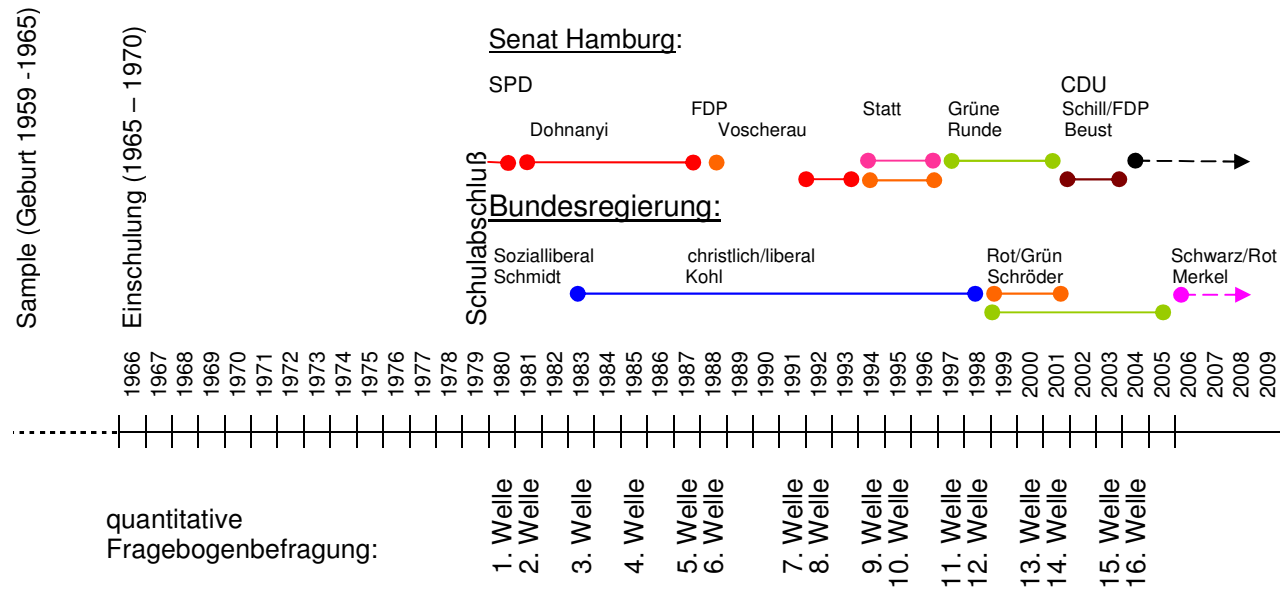
Welche gesellschaftlichen Problemlagen identifizierten die Baby-Boomer nach ihrer Schulzeit und welche Parteipräferenzen gaben sie jeweils an? Was bedeutet das für eine außerordentlich gut gebildete Generation? Denn die Bildungspartizipation dieses Samples im Kontext der gesellschaftlichen Modernisierung ist durchaus als spektakulär zu bezeichnen, wenn wir beispielsweise die Schulbildungsabschlüsse der Sampleangehörigen sowohl mit denen ihrer Eltern als auch mit denen vergleichen, die diese für ihre Kinder selbst antizipieren. Unsere intergenerationelle Analyse zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife kann dies demonstrieren: Etwa ein Viertel des Samples hatte mit dem Abschluss der allgemein bildenden Schulen 1979 das Abitur erworben. Das war schon weit mehr als eine Verdoppelung der Abiturquote, die die Generation ihrer Eltern (9%) erreicht hatte. Schließlich erwartet das Sample von den eigenen Kindern eine Abiturquote von ca. zwei Drittel.

Die Ergebnisse unserer Längsschnittstudie² dokumentieren wahrgenommene gesellschaftliche Problemfelder und Parteipräferenzen im Wandel eines 25-jährigen Verlaufes. Insofern ist die hier vorgelegte Arbeit primär eine phänographische Darstellung der Partei- und gesellschaftspolitischen Engagements dieser Samplegeneration hinsichtlich Kontinuität und Wandel. Die Ergebnisse gehen darüber hinaus der Frage nach, welche alten und welche neuen gesellschaftlichen Konfliktstrukturen die Parteipräferenzen im Wähler/-Innen-Markt der Baby-Boomer bestimmen.

² In der ersten Welle (1980) hatten 252 Personen teilgenommen; in der 16. Welle (2004) 128 Personen. In allen Wellen waren Männer und Frauen etwa gleich häufig repräsentiert. Wir verwenden im folgenden nur die männliche Schreib-Form allein aus pragmatischen Gründen.

Darstellung 1: Legislaturperioden im Land Hamburg und in der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zum Lebenslauf der Schulabschlusskohorte 1979 im Untersuchungsverlauf 1980 - 2004

(Quelle: Verschiedene Daten vermittelt)



1. Gesellschaftliche Problemlagen im Wandel

Beginnend mit der zweiten Erhebungswelle³ (1981) stellten wir den Samplemitgliedern kontinuierlich die klassische Sonntagsfrage zur Parteiwahl für den Bundestag und wir baten sie zugleich in einer offenen Fragestellung um die Nennung der ihnen bedeutsam erscheinenden gesellschaftlichen Problemlagen.

Diese vielfältigen und differenzierten Nennungen⁴ hatten wir damals in neun Themen bzw. Problemfelder gerahmt:

- „Arbeit“ (Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatz, Arbeitsamt, Einkommen)
- „Politik“ (Parteien, Parlamentsentscheidungen, Wahlen, Regierung)
- „Sinn“ (Werte, Bedeutungen, Sinnlosigkeit, Moral)
- „Drogen“ (Rauschgifte, Alkohol, Marihuana, Zigaretten)
- „Frieden/Ökologie“⁵ (Naturschutz, Kriegsdienst, Militär, Ökologie)
- „Familie“ (Eltern, Auflösung der Familie, Gewalt in der Familie, Schutz der Familie)
- „Wohnen“ (Mietskasernen, Wohnraum, beengtes Zusammenleben, Mietkosten)
- „Freizeit“ (Freizeitverlust, Freizeitmöglichkeiten, keine Zeit mehr, Monotonie in der Freizeit)
- „Schule/Bildung“ (Allgemeinbildung, Schulwesen, Berufsbildung, Schulabschluss)

Die entsprechende Kurvendarstellung (Darstellung 2)⁶ dokumentiert die Dominanz des Problemfeldes „Arbeit“ im gesamten Zeitverlauf von 1981 bis 2004. Nur zwei Mal wird diese gesellschaftliche Problemlage übertrumpft (7. und 10. Welle) von der Problemlage „Frieden/Ökologie“. Die Kurve „Arbeit“ ist eine gewisse intersubjektive Spiegelung der tatsächlichen Arbeitslosigkeitsentwicklung in den alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. Die Gipfel und Täler dieser Kurve korrespondieren in zeitlicher Parallelität mit

³ Die „Sonntagsfrage“ stellten wir seit der zweiten Welle, weil in der ersten Welle noch ein großer Teil der Sampleangehörigen altersmäßig nicht über das passive Wahlrecht verfügte.

⁴ Einige typische Protokollaussagen stehen jeweils hinter den Problemlagen in Klammern.

⁵ Hier bot es sich an, diese beiden Felder zusammenzufassen, weil typischer Weise beide Problemdimensionen entweder zusammen notiert wurden oder überhaupt nicht.

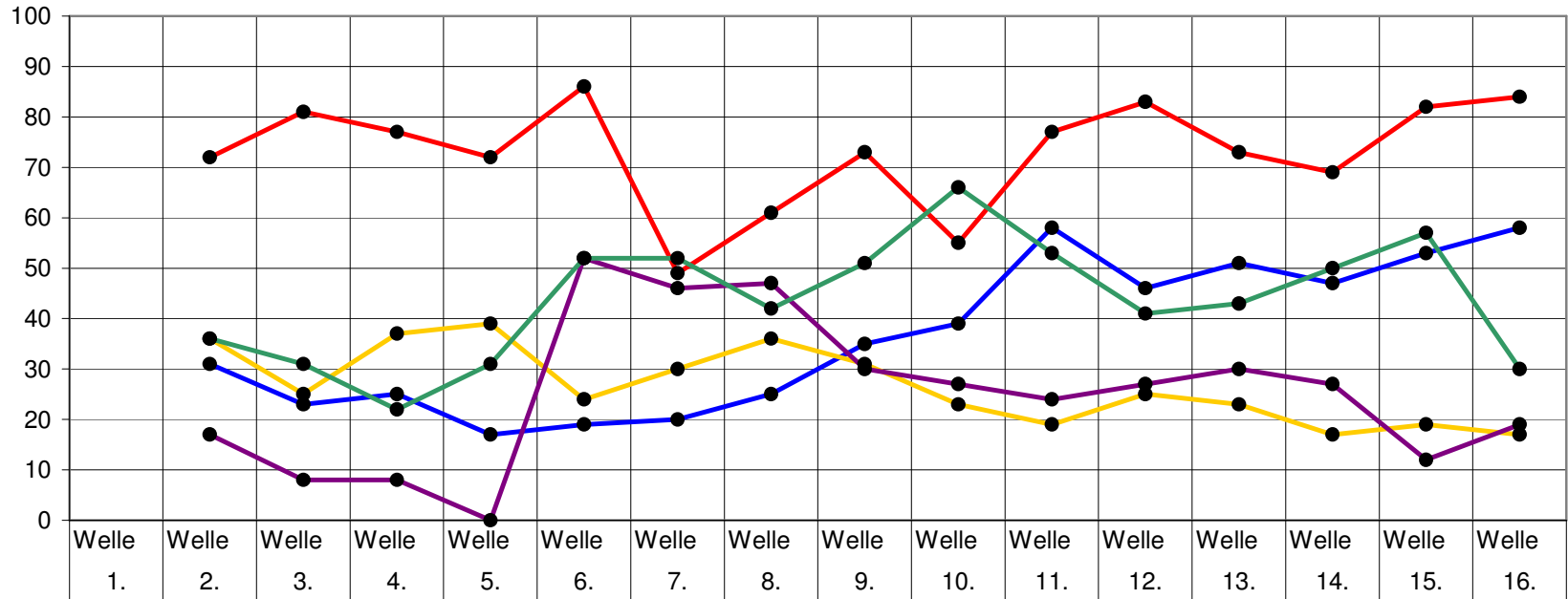
⁶ Die neun Problemfelder haben keine trennscharfen Grenzen. Deshalb erfolgte die Zuordnung der einzelnen Nennungen zu den Feldern im Rahmen eines intersubjektiven Codierungsprozesses. Mit der Möglichkeit von Mehrfachnennungen in verschiedenen Problemfeldern erfolgte die quantitative Codierarbeit. Ab der 3. bis zur 16. Welle wurden diese neun Problemfelder als Auswahlliste vorgegeben – wieder mit der Möglichkeit, maximal 3 Nennungen auszuwählen

den steigenden und fallenden Arbeitslosenquoten (vgl. Reinberg /Hummel 2005: 2). Und die wellenspezifischen Höhepunkte der Kurve „Frieden/Ökologie“ korrespondieren ebenfalls mit internationalen Krisen, Kriegen.

Die Häufigkeit der Nennung von „Sinn“- Problemen nimmt im Zeitverlauf tendenziell ab. „Drogen“ als Problem wird insbesondere von der 6. bis zur 8. Welle reklamiert. Zunehmende Bedeutung gewinnt der Bereich „Politik“ für die Generation der Baby-Boomer. Soweit wir das feststellen können, artikuliert sich hinter dieser Problemlage das, was die Zunft der Politologen als Politik- bzw. Parteienverdrossenheit (vgl. Roth 1998 und Hahn 2000) erörtert⁷.

⁷ Die Verlaufswerte der Problembereich „Familie“, „Wohnen“, „Freizeit“ und „Schule/Bildung“ wurden hier nicht in der Kurvendarstellung aufgenommen. Diese Problemlagen charakterisieren wohl verallgemeinerbare biographische Erfahrungen der Schulabsolventenkohorte 1979. So sind die überdurchschnittlich hohen Werte für „Familie“ einerseits von der 2. bis zur 4. Welle und dann ab der 10. Welle vermutlich Ausdruck der Emanzipation von der Herkunftsfamilie (einerseits) und Signale für die Schwierigkeiten der Gründung einer Familie (andererseits). Zum Zeitpunkt der 16. Welle sind zwei Drittel aller 1979 verheiratet, ca. 7/10 haben Kinder. Ähnliches gilt wohl für die Problemlage „Wohnen“ und auch für „Freizeit“ – als möglicherweise risiko- und chancenreicher Abschied von der Jugendphase. Schließlich ordnen wir die Problemlage „Schule/Bildung“ auch den biographischen Erfahrungen der eigenen Bildungsbeteiligung wie der der Kinder der Sampleangehörigen zu.

Darstellung 2: Problemlagen 2. bis 16. Welle (1981 - 2004); %-Angaben (Quelle: Eigenen Daten)



● Arbeit		72	81	77	72	86	49	61	73	55	77	83	73	69	82	84
● Politik		31	23	25	17	19	20	25	35	39	58	46	51	47	53	58
● Sinn		36	25	37	39	24	30	36	31	23	19	25	23	17	19	17
● Drogen		17	8	8	0	52	46	47	30	27	24	27	30	27	12	19
● Frieden/Öko		36	31	22	31	52	52	42	51	66	53	41	43	50	57	30
Familie		22	20	16	9	16	21	13	17	36	36	25	32	26	29	25
Wohnen		23	0	0	0	5	30	29	20	26	14	7	7	7	3	3
Freizeit		17	23	17	8	16	16	24	16	9	7	6	7	2	3	3
Schule/Bildung		27	19	12	6	12	21	9	6	7	6	17	18	27	27	30

Inwieweit nun das Sample durch die Parteipräferenzen eine Passung zwischen den gesellschaftlichen Problemlagen⁸ und Problemlösungskapazitäten der politischen Parteien herstellt, interessiert uns im Folgenden. Wir gehen dabei von der vielfältig diskutierten Arbeitshypothese aus, dass die genannten Problemlagen daraufhin deuten, dass sich die klassischen Konfliktlinien (Cleavages)⁹, in denen sich die großen Parteien auf dem Wählermarkt gegenüber positionieren, tendenziell auflösen. Typisierend können wir das Problemfeld „Arbeit“ noch diesem allgemeinen materialistischen Konfliktfeld Arbeit/Kapital der Industriegesellschaft zuordnen, das Problemfeld „Sinn“ aber schon einer neuen postmateriellen Konfliktlinie zuordnen. Darüber hinaus sprechen die Problemfelder „Politik“ und „Frieden/Ökologie“ möglicherweise globale Wertorientierungen, Grundwerte an, die weder in den Schemata des Konfliktlinienmodells noch des Wertewandels (vgl. Inglehart 1977 und Inglehart 1998) repräsentiert sind. Zudem sind die übrigen Problemlagen wohl auch Ausdruck der Erfahrung in biographischen Passageleistungen. Überhaupt erscheint es uns wenig hilfreich, mit traditionellen „Blaupausen“ zur makrostrukturellen Bedingtheit theoretische Vorentscheidungen über diese komplexen empirischen Befunde zu treffen. Ausgesprochen nützlich ist es vermutlich eher, die strukturelle Vielfalt und die biografische Pluralisierung (vgl. Schulze 2003) zum Ausgangspunkt der Analyse zu nehmen.

2. *Parteipräferenzen im Lebenslauf*

Die Fragen zum Zusammenhang zwischen der Identifizierung von gesellschaftlichen Problemlagen und der Nennung von Parteipräferenzen gehen wir hier mehrbenenanalytisch an. Zunächst bemühen wir uns um eine phänographische Verlaufsmusteranalyse (vgl. Baur 2005) der genannten Parteipräferenzen von 1981 (2. Welle) bis 2004 (16. Welle). Wir identifizieren, charakterisieren und typisieren Verläufe. Dann folgen wir der Not der Komplexitätsreduktion indem wir Parteipräferenzen-Cluster bilden. Mit Hilfe dieser Cluster fragen wir korrelationsanalytisch nach bedeutsamen Wahlperspektiven einerseits und Zusammenhängen zwischen den oben diskutierten Problemlagen und parteipolitischen Präferenzen andererseits.

⁸ Die Stärke unseres Konzepts des Längsschnittsansatz zu den Problemlagen ist zugleich ihre Schwäche: Wir messen Verläufe bestimmter Problemlagen, aber wir haben keine Möglichkeit zugelassen, neue Problemlagen zu benennen.

⁹ Vgl. die von S.M. Lipset und S. Rokan (Lipset/Rokan 1967) entwickelte cleavage-Theorie, die die soziale Determiniertheit des Wahlverhaltens durch die Mitgliedschaft in gesellschaftlichen Makro-Organisationen begründet. Vgl. auch Ulrich/Mielke 2001 und Schmitt 2000.

In diesem Zusammenhang gehen wir von der ebenfalls vielfach diskutierten Arbeitshypothese aus, dass der Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung immer stärker zu einem flexibleren Wahlverhalten führt, das qualitativ und quantitativ die (insbesondere affektive) Bindungskraft der Parteien zunehmen erodiert, dass die Parteien mit immer weniger Stammwählern zu rechnen haben¹⁰.

Beide Hypothesen zusammen – also die von der tendenziellen Auflösung der klassischen Konfliktfelder zur Positionierung der Parteien und die zur Erosion der klassischen Parteienbindung – generieren ein eher kontingentes Konflikt-, Parteien- und Wählermodell – vermutlich wird immer weniger prognostizierbar.

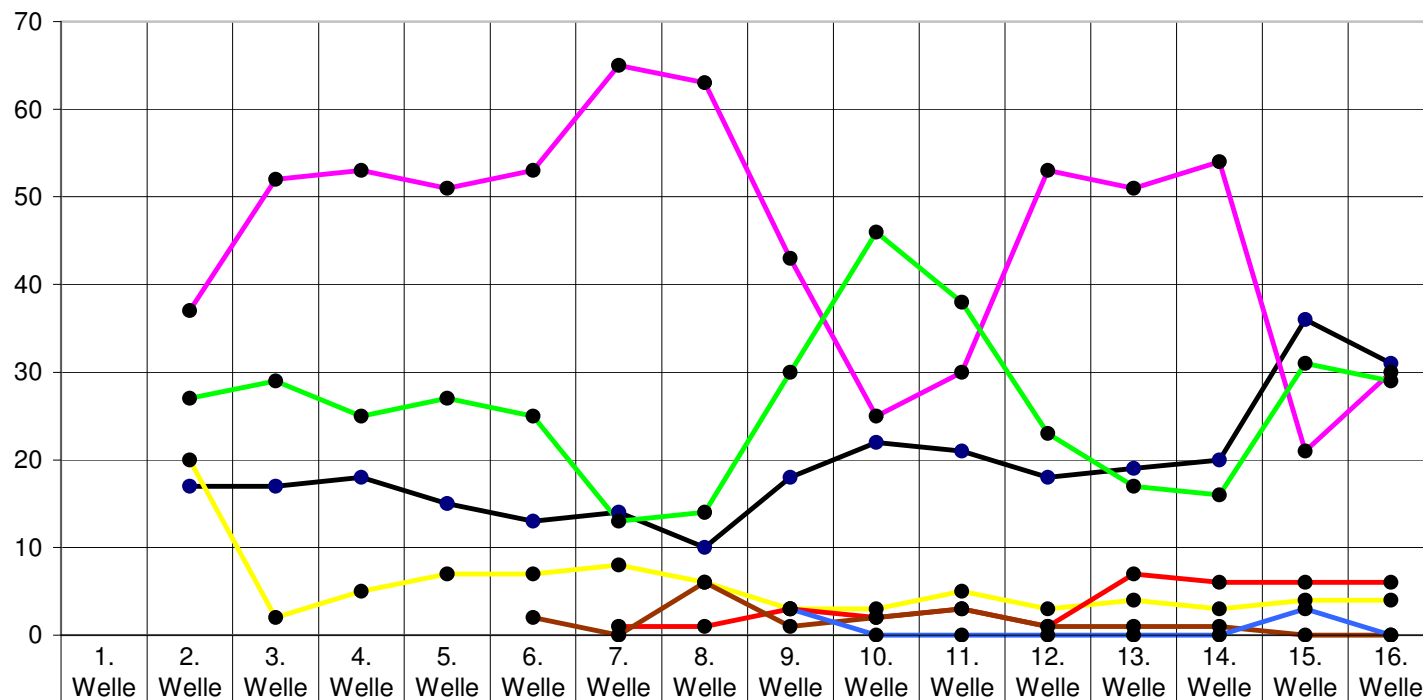
2.1 Parteipräferenz: Verlaufsmusteranalyse

Wie bereits erwähnt, baten wir die Sampleangehörigen der Hamburger Schulabschlusskohorte 1979 von der 2. bis zur 16. Welle um die Beantwortung der klassischen Sonntagsfrage: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, wen würden Sie dann wählen?“. Darstellung 3 dokumentiert dabei in stilisierter Kurvenform einerseits die fast spiegelbildlichen lagerinternen Austauschprozesse zwischen SPD und Grüne, andererseits den abrupten Niedergang der SPD-dominierten Bürgerschaft wie des SPD-geführten Senats – auch bei den Baby-Boomern.

¹⁰ Sozialstrukturelle Positionen und Sozialisationsprozesse definieren traditionell Parteibindungen. Dabei ist schon die Operationalisierung von Parteibindungen problematisch, weil sie sich häufig auf binäre Klassifikationen beschränkt. Da nun Klasse und Religion nicht mehr so eindeutig als Determinanten der Parteibindung „funktionieren“, werden zunehmend Mikrodaten und biografische Befunde für die Analyse bedeutsam (vgl. Zelle 1995 und Wolf 1998)

Darstellung 3: Parteipräferenzen 2. bis 16. Welle (1981 - 2004); %-Angaben

(Quelle: Eigene Daten)



	1. Welle	2. Welle	3. Welle	4. Welle	5. Welle	6. Welle	7. Welle	8. Welle	9. Welle	10. Welle	11. Welle	12. Welle	13. Welle	14. Welle	15. Welle	16. Welle
●—● Parteipräferenz CDU		17	17	18	15	13	14	10	18	22	21	18	19	20	36	31
●—● Parteipräferenz SPD		37	52	53	51	53	65	63	43	25	30	53	51	54	21	30
●—● Parteipräferenz FDP		20	2	5	7	7	8	6	3	3	5	3	4	3	4	4
●—● Parteipräferenz Grüne		27	29	25	27	25	13	14	30	46	38	23	17	16	31	29
●—● Parteipräferenz PDS							1	1	3	2	3	1	7	6	6	6
●—● Parteipräferenz NPD/DVU						2	0	6	1	2	3	1	1	1	0	0
●—● Parteipräferenz Regionalpartei									3	0	0	0	0	0	3	0

Kontinuierlich von der 2. bis zur 14. Welle dominierten zwei Drittel bis drei Viertel die rot-grünen „Wähler“ des Samples der Schulabschlusskohorte; das rot-grüne Lager brach dann aber in der 15. Welle radikal ein. Das bürgerliche schwarz-gelbe Lager kam dagegen von der 2. bis zur 14. Welle fast regelmäßig nur auf ein Fünftel bis maximal ein Viertel der „Wähler“. Diese Stärkerelation der beiden großen politischen Lager ist verblüffend. Die Präferenzen für die Parteien PDS einerseits und NPD/DVU andererseits sind quantitativ ebenso geringfügig wie die der FDP. Darüber hinaus gab es noch das Auf und Ab von Regionalparteien in Hamburg, die zwar temporär bedeutsam waren für die Zusammensetzung von Bürgerschaft und Senat, aber kaum mehr als situative Relevanzen hatten.

Die „Nicht-Wähler“ (vgl. Schwabe 2002) repräsentierten im Wellenverlauf eine kontinuierlich größer werdende Gruppe¹¹ von durchschnittlich ein Fünftel bis zu mehr als ein Drittel der Befragten. Im Wellenverlauf blieben die Kategorien „keine Antwort“ und „ich würde nicht wählen gehen“ konstant mit jeweils etwa 10% der Befragten besetzt. Dagegen verdoppelte bis vervierfachte (von ca. 5% bis auf maximal 20%) sich der Anteil derer, die Angaben, nicht zu wissen, welche Partei sie wählen würden. Schon diese Antwortstruktur derjenigen ohne Präferenz deutet auf eine heterogene Merkmalsverteilung der „Nicht-Wähler“ hin. Das einzig durchgängige Abstinenzmerkmal über alle drei Antwortvorgabemöglichkeiten hinweg ist das des Geschlechts: Dominant vertreten sind immer Frauen. Hinsichtlich der Schulabschlüsse und anderer sozio- demographischer Merkmale lassen sich keine bedeutsamen Verteilungsunterschiede nachweisen.

2.2 Parteipräferenz: Clusteranalyse

Um nun mögliche Zusammenhänge zwischen den reklamierten gesellschaftlichen Problemlagen und den Parteipräferenzen – im Kontext der beiden Arbeitshypothesen – zu testen, konstruierten wir Parteipräferenzcluster. Zunächst zerlegten wir den gesamten Untersuchungsverlauf recht pragmatisch in zwei Ereignis-Phasen. Für die erste Phase berücksichtigen wir alle Parteipräferenzen von der 2. bis einschließlich der 8. Welle: Diese erste Phase definieren wir als späte Jugend- und Adoleszenzphase: Die zweite Phase

¹¹ Wir hatten die Möglichkeit, keine Präferenzen anzugeben, in drei Kategorien vorgegeben. Die Befragten konnten entscheiden, ob sie „keine Antwort“, „Weiß nicht, wen ich wählen würde“, und „ich würde nicht wählen gehen“, anzukreuzen.

konzentriert sich auf die Daten von der 9. bis zur 16. Welle: diese Phase ist für die Sampleangehörigen die der Familienbildung bzw. des frühen Erwachsenenalters. Zusätzlich konturierten wir in Analogie zu den Typisierungen von Stamm-, Wechsel- und Nicht-Wähler Subcluster.

Darstellung 4: Parteienpräferenzen-Cluster; Angaben in %

(Quelle: Eigene Daten)

Subcluster der Parteipräferenz	1. Phase: 2.- 8. Welle "Jugend und Adoleszenz"	2. Phase: 9.- 16. Welle "Erwachsenenalter"
"nur CDU"	26	23
"nur SPD"	7	15
"nur Grüne"	9	11
"Nicht-Wähler"	11	4
"Wechselwähler"	41	35
Sonstige	6	12

Darstellung 4 dokumentiert die Ergebnisse dieser quantitativen Konstruktion (Ereignismatrix)¹² im Sinne einer „Wähler“- Wanderungsbilanz. Dabei beherbergen die Sub-Cluster „nur SPD“, „nur CDU“ und „nur Grüne“ jeweils Befragte, die sich innerhalb der jeweiligen Phase nur zu einer Partei bekannten, also innerhalb der Phase keine andere Partei präferierten. Dass wir hier auf ein Sub-Cluster „nur FDP“ real verzichten müssen, ist allein der Tatsache geschuldet, dass in keinem Fall innerhalb der Phasen diese Partei durchgehend bzw. alternativlos präferiert wurde. Alle, die mindestens einmal FDP als Präferenz angegeben hatte, nannten innerhalb dieser Phasen auch andere Präferenzen – sie sind also „Wechselwähler“¹³. Der Vergleich der beiden Phasen führt zunächst zu dem Ergebnis, dass wir es offensichtlich mit relativ stabilen Repräsentanzen bei den „nur CDU“ und „nur Grüne“

¹² Wir sehen die Präferenzbefunde im folgenden immer in Anführungszeichen, weil es ja keine Daten über ein reales Wahlverhalten sind (sh. zu den methodischen Problemen der Wahlforschung D. Roth (vgl. Roth 1998). Gemessen werden Parteipräferenzen und nicht Wahlentscheide. Wer sich einer Partei näher fühlt, sagt noch nicht alles über seine tatsächliche Wahlentscheidung.

¹³ „Wechselwähler“ sind insofern per Definitionen bei uns solche, die innerhalb der jeweiligen Phase mehrere Parteien präferierten. „Nicht-Wähler“ sind hingegen jene, die innerhalb einer Phase keine eigene positive Parteipräferenz angegeben haben.

Subclustern zu tun haben. Das Subcluster „nur SPD“ hat sich hingegen anteilmäßig von der ersten zur zweiten Phase verdoppelt.

Der Anteil der Nicht-„Wähler“ und der der Wechsel-„Wähler“ als Sub-Cluster ist im Prozess von der ersten zur zweiten Phase merklich zurückgegangen¹⁴. Das Wahl- und Präferenzverhalten der FDP-affinen¹⁵ Wechsel-„Wähler“ verweist auf den „Rational-Choice“-Ansatz (vgl. Fiorina 1981) des Wahlverhaltens. Man kann bei denen ein strategisches Koalitions-„Wahl“-Verhalten vermuten. Die FDP-affinen streuen mit ihren Parteipräferenzen in beiden Lagern. Das heißt jene, die FDP „wählen“ würden, sagen in allen Wellen, dass sie auch SPD, CDU, Grüne wählen würden. Insofern passt es ebenfalls, dass die FDP-affinen „Wähler“ der ersten Phase nur zu etwa einem Viertel auch FDP-affine „Wähler“ der zweiten Phase sind. Das heißt die Sozialisierungseffekte der ersten Phase sind bei dieser Gruppe denkbar gering als Wahl-Determinanten für die zweite Phase. Die Korrelationsanalyse zwischen den Präferenzen der ersten und der zweiten Phase führen bei den quasi- Stamm-„Wählern“ der SPD, der Grünen und der CDU zu ganz anderen Ergebnissen:

- jeweils knapp die Hälfte aller mit der Parteipräferenz „nur SPD“(45%) und „nur Grüne“ (45%) innerhalb der ersten Phase, bleiben ihrer Parteipräferenz auch in der zweiten Phase der Untersuchung treu.
- und sogar dreiviertel (78%) alle mit der Parteipräferenz „nur CDU“ in der ersten Phase bleiben auch in der zweiten Phase im Sub-Cluster „nur CDU“ erhalten.

Von den Personen, die in der ersten Phase ausschließlich Nicht-„Wähler“ waren, blieb nur etwa ein Fünftel (21%) dieser Abstinenz treu. Etwa ein Drittel von ihnen wechselte in das Spektrum der Wechsel-„Wähler“; ein weiteres Drittel zu etwa gleichen Teilen entweder in das Lager der „nur SPD-Wähler“ (15%) oder der „nur CDU-Wähler“ (15%).

Etwa zwei Drittel der Wechsel- „Wähler“ (42%) der ersten Phase führten ihr eher strategisches Wahlverhalten als Wechsel- „Wähler“ auch in der zweiten Phase fort. Den größten Zustrom ehemaliger Wechsel- „Wähler“ der ersten Phase hatte das „nur-SPD“ Cluster (20%) gefolgt vom „Nur- CDU“- Cluster (15%) und den „Nur-Grüne“ - Cluster (9%).

¹⁴ Im Sub-Cluster „Sonstige“ sind jene Befragte repräsentiert, die dominant PDS oder NPD/DVU als Parteipräferenz hatten.

¹⁵ Diejenigen, die unter anderem die FDP als Parteipräferenz genannt hatten, repräsentieren in der ersten Phase ca. 13%, in der zweiten Phase ca. 7%.

Insgesamt sehen wir also Kontinuitäten und Wandlungsprozesse zwischen den beiden Untersuchungsphasen: die höchste Kontinuität haben die Personen mit der Präferenz: „Nur-CDU“. Ihr „Wahl“ - Verhalten ist in diesem Modell prognostizierbar. Die höchste Varianz haben die FDP- affinen. Modellhaft gesprochen liegen bei den letztgenannten jeweils individuelle Wahlentscheidungen in Abhängigkeit vom situationellen Kontext vor. Bei den Repräsentanten des Sub-Clusters „nur CDU“ ist die sozialisierende -und möglicherweise auch affektive- Bindung an die CDU eher stabil und unflexibel.

Die unterschiedlichen Parteiaffinitäten korrespondieren nun mit unterschiedlichen soziodemografischen Profilen –aber hier gibt es nicht unerhebliche Unterschiede zwischen den oben beschriebenen zwei biografischen Phasen der Präferenzen:

- Die Stamm-„Wähler“ der SPD (=nur SPD-Sub-Cluster) sind überdurchschnittlich häufig Männer mit Realschulabschluss (in der zweiten Phase treten zusätzlich häufig Hauptschulabsolventen auf). Ihre Eltern verfügen signifikant häufig nur über ein niedriges (keine weiterführenden Schulabschlüsse) Bildungsniveau. Die Befragten haben in der Regel eine duale betriebliche Berufsausbildung absolviert. Aktuell dominieren die Väter und die Männer ohne Kinder im Sub-Sample der SPD-Präferenzen.
- Bei den Stamm-„Wählern“ der CDU (=nur CDU Sub-Cluster) sind in der ersten Phase die Frauen- in der zweiten Phase die Männer- überrepräsentiert. Das Abitur ist der überdurchschnittlich häufig genannte Schulabschluss in dieser Gruppe. Das Studium als Königsweg in der Berufsausbildung ist hier signifikant häufiger. Ausgesprochen typisch für diese Personengruppe mit CDU-Präferenz sind Herkunftsfamilien in denen die Eltern über ein hohes (Abitur) Bildungsniveau verfügen. Aktuell sind in dieser Gruppe hinsichtlich der Variable Elternschaft Mütter einerseits und Männer ohne Kinder andererseits überrepräsentiert.
- Die Stamm-„Wähler“ der Grünen (=Nur- Grüne Sub-Cluster) repräsentieren in der ersten Phase leicht überdurchschnittlich Frauen, in der zweiten Phase ebenso leicht überdurchschnittlich Männer. Dominanter Schulabschluss ist das Abitur. Hinsichtlich der beruflichen Qualifikation sind bei den Frauen dieses Sub-Clusters

Vollzeitschulische Berufsausbildungen, bei den Männern Studienabschlüsse, überrepräsentiert. Mittlere (Realschulabschluss) und hohe Bildungsniveaus der Eltern (Abitur) sind signifikant häufig. Hinsichtlich des Familienstandes dominieren hier aktuell gleichermaßen Väter und Frauen ohne Kinder.

- Die Wechsel- „Wähler“ (Wechsel- Wähler“ Sub-Cluster) sind in der ersten Phase etwa gleich häufig Männer und Frauen, in der zweiten Phase überdurchschnittlich häufig Frauen. Hauptschulabschlüsse sind in der ersten Phase, Haupt- und Realschulabschlüsse in der zweiten Phase signifikant häufiger als das Abitur. Hinsichtlich der beruflichen Qualifikationen sind alle Formen der nicht-akademischen Berufsausbildung (keine Berufsausbildung abgeschlossen, Vollzeit-Schulische Berufsausbildung, duale Berufsausbildung) überdurchschnittlich häufig repräsentiert. Ein niedriges elterliches Bildungsniveau (keine weiterführenden Schulabschlüsse) ist typisch für diese Gruppe. Fokussieren wir die FDP- affinen im Kreis dieser Wechsel- „Wähler“ dann dominiert die Herkunft aus Familien mit mittlerem Bildungsniveau, dann dominiert das Studium als Berufsausbildung und das Abitur als Schulabschluss. Diese Differenzierung der Wechsel- „Wähler“ hinsichtlich der sozialen Herkunft und der Bildungspartizipation illustriert uns, wie heterogen dieses Sub-Cluster eigentlich ist. Aktuell dominieren hinsichtlich der Variable Elternschaft bei den Wechsel- Wählern“ insgesamt die Mütter, bei den FDP- affinen hingegen Männer und Frauen ohne Kinder.

Weiter oben hatten wir bereits über die insgesamt eher heterogene Struktur der Nicht- „Wähler“ berichtet.

Bezogen auf die jeweiligen parteipolitischen Präferenzen gibt es also durchaus stabile sozio-demographische Rekrutierungen. Trotz aller Modernisierung als Pluralisierungs- und Entgrenzungseffekte sind Parteipräferenzen mit bestimmten Schicht- und Qualifikationskriterien belegt. Offensichtlich sehen trotz tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungsprozesse für einen erheblichen Teil des Samples von der „Parteiidentifikation immer noch beachtliche Wirkungen“ (Broschek/Schultze, 2006: 12) aus.

3. Gesellschaftliche Problemlagen und Parteipräferenzen

Mit Hilfe einer einfachen Frequenzmusteranalyse¹⁶ gehen wir der Frage nach, ob Parteipräferenzen jeweils typische Problemlagen assoziieren. Das heißt wir fragen, ob es überzufällige Zusammenhänge zwischen den Parteipräferenzen und den gesellschaftlichen Problemlagen gibt.

Ohne uns hier auf einen Streit einlassen zu wollen, in welchem Umfang die von der Schulabschlusskohorte '79 genannten gesellschaftlichen Probleme materialistische oder schon postmaterialistische Wertorientierungen repräsentieren, wollen wir uns hier ad hoc darauf verständigen, dass die Problemlage „Arbeit“ am ehesten die klassisch materialistische Konfliktlage der Industriegesellschaft repräsentiert, dass die Problemlage „Sinn“ dagegen wohl eher neue Wertehorizonte einer postmaterialistischen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft signalisiert. Stellen wir diese beiden Problemlagen zunächst in den Mittelpunkt:

- Gesellschaftliche „Sinn“- (14x)¹⁷ und Bedeutungskrisen werden von den „Grüne-Wählern“ im Zeitverlauf der Studie am häufigsten genannt - gefolgt von den Wechsel-“Wählern“ (12x). Das Problemfeld „Arbeit“ der Industriegesellschaft reklamieren hingegen die „SPD-Wähler“ (11x) am häufigsten- gefolgt von den „CDU-Wählern“ (10x). Während „Arbeit“ als Problem von den „Grüne-Wählern“ (3x) nur selten in den Vordergrund gestellt wurde, haben die „SPD-Wähler“ (4x) und die „CDU-Wähler“ (6x) nur selten „Sinn“- und Bedeutungskrisen der Gesellschaft reklamiert. Hieraus lassen sich Hypothesen zur Relation zwischen den beiden großen Parteien und der Grüne-Partei als „moderne“ postmaterialistische Orientierungen signalisierende Partei ableiten.

- „Politik“ als Problem, also die Kritik am politischen Institutionensystem, ist eine durchschnittlich in allen Sub-Clustern repräsentierte Haltung. Nur die FDP-affinen im Sub-Cluster der Wechsel-“Wähler“ sind hier außerordentlich dominant (11x) – offensichtlich signalisieren sie in besonderer Weise Kritik an Politik- und Parteiverdrossenheit oder sie zeigen sich besonders sensibel für das politische Institutionensystem.

¹⁶ Unser deskriptiv statistisches Verfahren der Frequenzmusteranalyse kreuzt in allen Wellen die genannten Problemfelder mit den jeweils phasenspezifischen Sub-Clustern der Parteipräferenzen. Also registrieren wir pro Problembereich und Sub-Cluster jeweils 15 bivariate Analysen. Die Anzahl der überzufälligen Zusammenhänge (maximal also 15) ist das Maß der Bedeutsamkeit.

¹⁷ Die absolute Zahl in den Klammern dokumentiert die Anzahl der Wellen, in denen die jeweilige Problemlage mit der jeweiligen Parteipräferenz überdurchschnittlich häufig genannt(Frequenzmuster) wurden.

- „Frieden/Ökologie“ als versämtlichender antimilitaristischer und antiökonomistischer Diskurs ist eine gesellschaftliche Sicht - wie zu erwarten war - insbesondere der „Grüne-Wähler“ (11x), aber fast gleich auf mit den Wechsel-“Wählern“ (10x). Und wenn wir die FDP-affinen aus dem Kreis der Wechsel-“Wähler“ herausnehmen, dann würde die Aufmerksamkeitsrichtung der restlichen Wechsel-“Wähler“ für die gesellschaftliche Problemlage „Frieden/Ökologie“ Top-Werte (15x) erzielen. Für die FDP-affinen (4x) und für die „CDU-Wähler“ (2x) gilt diese Problemlage nur rudimentär; hingegen nähern sich die „SPD-Wähler“(8x) den „Grüne-Wählern“ in der Aufmerksamkeit für dieses Problem.

- „Drogen“ als Problem wird signifikant am häufigsten von „CDU-Wählern“ (11x) in den Mittelpunkt gerückt; hier sind die „CDU-Wähler“ gleich auf mit den „Nicht-Wählern“ (11x), die ansonsten bei allen anderen Problemlagen keine überdurchschnittlich häufigen Reklamationen angemeldet hatten. Dagegen erscheint „Grüne-Wählern“ (1x) das Problem „Drogen“ fast überhaupt nicht als Problem. FDP-affine „Wähler“ (3x) sehen Drogen auch verhältnismäßig selten als Problem. „SPD-Wähler“(8x) nehmen hier eine Zwischenposition zwischen der quasi notorischen Sorge der „CDU-Wähler“ vor dem Drogenkonsum und der Position der „Grüne-Wähler“ die diesem Problem so gut wie keine Bedeutung zuschreibt.

Hinsichtlich der restlichen Problembereiche „Familie“, „Wohnen“, „Freizeit“ und „Schule/Bildung“ zögern wir in unserer Diskussionsneigung zur parteipolitischen Zuordnung. Diese Problemlagen sind einerseits hinsichtlich der unspezifischen Nennungen derart überkomplex sortiert und andererseits wohl nur im Kontext von biografischen Konzepten zu lesen - wir gehen dieser Frage in einer späteren Auswertung nach. So bescheiden wir uns hier auf noch kürzere deskriptive Bemerkungen – quasi als Protokollaussagen:

- „Familie“ als Problemlage: dominant „Grüne- Wähler“ (10x)
- „Wohnen“ als Problemlage: dominant „CDU-Wähler“ (8x)
- „Freizeit“ als Problemlage: dominant FDP- affine Wechsel- “Wähler“ (11x)
- „Schule/Bildung“ als Problemlage: dominant: Wechsel- “Wähler“ (10x)

Mit einem gewissen Augenzwinkern assoziiert ist nun hier unsere Anmerkung, dass hinsichtlich der parteipolitischen Lagerbildung grundsätzlich alle Koalitionen im Bezug auf die den Parteien assoziierten Parteisensibilitäten bzw. Problemlösungskompetenzen möglich erscheinen. Als Rat für die strategische Wahlkampfplanung wären unsere Ergebnisse allerdings nicht tauglich. Bei Rot-Grün zum Beispiel brauchen die „SPD-Wähler“ nur auf ihre Domäne „Arbeit“ und die „Grüne-Wähler“ nur auf ihre Domäne „Sinn“ zu verzichten, und schon könnten sie sich wohl unschwer in Bezug auf eine gemeinsame hohe Bedeutsamkeit von „Frieden/Ökologie“ und eine ebenfalls gemeinsame Geringschätzung von „Drogen“-Problemen einigen. In der Kritik am Institutionensystem (Partei-) „Politik“ stehen sie sich ebenfalls nahe.

Kurzum: Die Problemlagenwerte der möglichen Parteigänger von Rot, Grün, Schwarz und Gelb differieren erheblich. Es bedürfte nicht nur bei Rot-Grünen- Koalitionsverhandlungen der Basis (-Wähler) einer erheblichen Kompromissfähigkeit, um das jeweilige politische Lager konturenreich zu gestalten und sich zugleich weiter attraktiv für die Parteigänger aufzustellen.

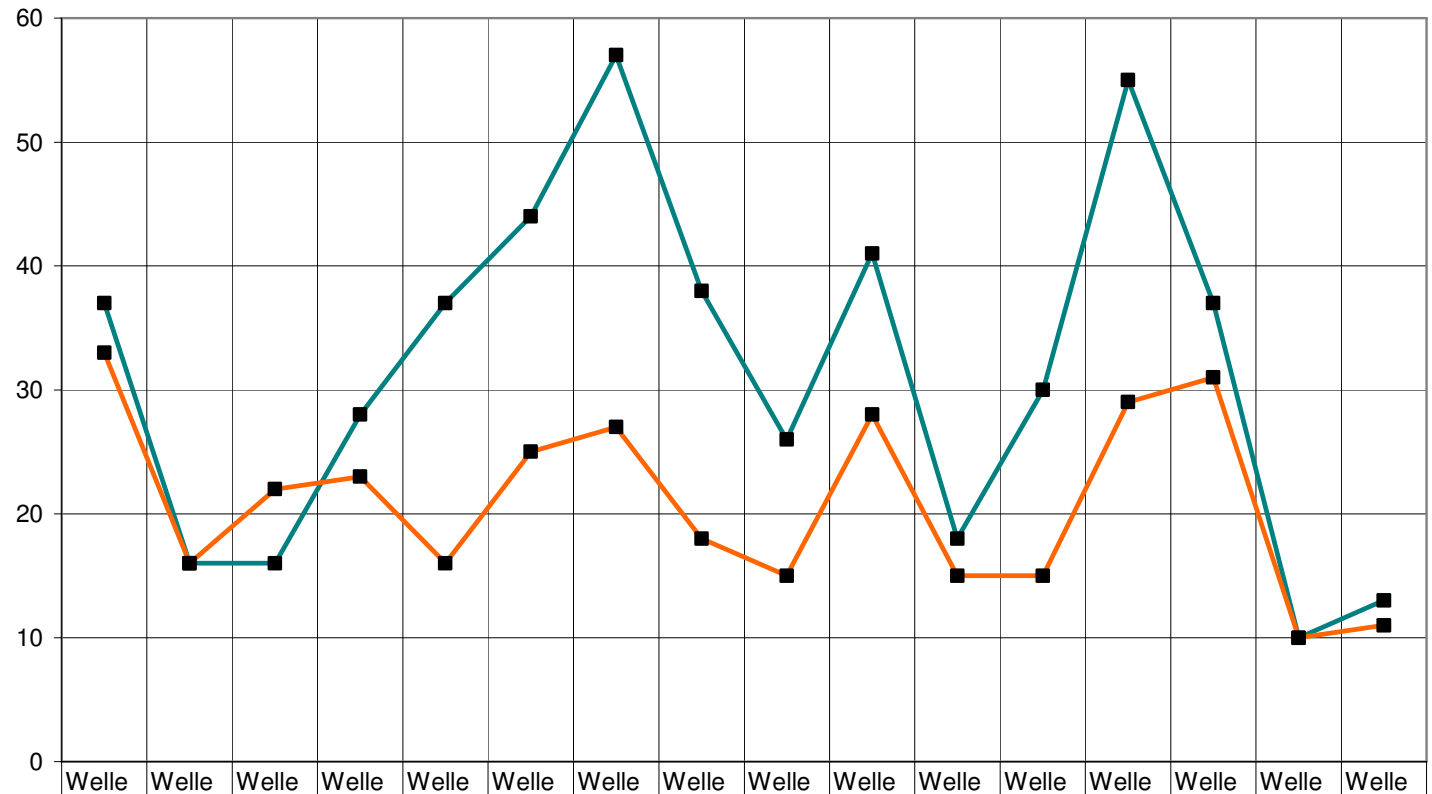
Und nun mit weniger Augenzwinkern: Problemlagen und Parteipräferenzen müssen doppelt entziffert, decodiert und gelesen werden: In der Logik der gesellschaftlichen Struktur und der Logik der Subjekte. Die Bewegung der Samples im gesellschaftlichen Raum ist eine Frage der Gleichzeitigkeit und der Gleichwertigkeit von Institutionalisierung und Individualisierung. Strukturelle Regelungen (Institutionalisierung) und biografische Eigenleistungen (Individualisierung) gehen immer ein Verhältnis hinsichtlich des Zusammenhangs von Problemlagen und Parteipräferenz ein.

4. Zufriedenheit mit der ökonomischen Entwicklung und den politischen Verhältnissen

Mit zwei exemplarischen Notizen wollen wir abschließend auf die komplexe Verstrickung von Erfahrung und Parteipräferenz im Untersuchungszeitraum hinweisen. Dabei kann deutlich gemacht werden, dass sich nicht nur die klassischen Konfliktlinien der Wahlentscheidungen tendenziell auflösen und das Wahlverhalten zunehmend situativ bestimmt, flexibel wird, sondern selbst die Wahrnehmungsweisen erheblich von (kurz- oder langfristigen?) Parteipräferenzen abhängen können. Kontinuierlich von der ersten bis zur sechzehnten Welle baten wir die Befragten um persönliche Einschätzungen zur „ökonomischen Entwicklung“ und zu den „politischen Verhältnissen“ in der Republik.

Darstellung 5: Zufriedenheit mit der ökonomischen Entwicklung und mit den politischen Verhältnissen, 1. - 16. Welle (1980 - 2004); Angaben in %

(Quelle: eigene Daten)



■ ökonomische Entwicklung +	37	16	16	28	37	44	57	38	26	41	18	30	55	37	10	13
■ politische Verhältnisse +	33	16	22	23	16	25	27	18	15	28	15	15	29	31	10	11

Die Darstellung 5 dokumentiert die Positiv-Werte¹⁸ im Zeitverlauf der 25 Jahre. Bemerkenswert ist dabei schon für sich genommen, dass nahezu stetig die Zufriedenheit des Samples der Schulabschlusskohorte '79 mit der ökonomischen Entwicklung größer ist, als die mit den politischen Verhältnissen und dass beide Kurven einen durchaus analogen Auf- und Abstiegsverlauf haben. Schließlich erscheint erklärungsbedürftig, warum die beiden Gipfel der Zufriedenheit mit der ökonomischen Entwicklung jeweils eine Erhebungswelle nach den Gipfeln der Sorgen um die Problemlage „Arbeit“ auftraten. Möglicherweise sind das kollektive Bewältigungs- und Äußerungsformen der tatsächlichen und/oder vermuteten Entlastung auf dem Arbeitsmarkt -aber diese Annahme ist hier noch spekulativ.

Gehen wir einmal hypothetisch davon aus, dass wir mit der „Sonntagsfrage“ den Blick der Befragten tatsächlich zum Bundestag und zur Bundesregierung¹⁹ gerichtet haben, dann erlauben wir uns in besonderer Weise auf den Zusammenhang zwischen den (Partei-) politischen Legitimationen in Bonn/ Berlin und der Zufriedenheit mit der ökonomischen Entwicklung und den politischen Verhältnissen im Bezug auf die jeweiligen Parteipräferenzen zu fokussieren.

Es lohnt sich anscheinend für die FDP-affine Wählerschaft, sich in Koalitionsspekulationen zu ergehen und im stilisierten „Rational-Choice“-Modell zu entscheiden. Sowohl zur Frage nach der wirtschaftlichen Entwicklung (14x) als auch zur Frage nach den politischen Verhältnissen (15x) äußern sie sich fast uneingeschränkt überdurchschnittlich positiv. Etwas seltener zufrieden zeigen sich die Nur- CDU-„Wähler“ (Wirtschaftliche Entwicklung = 12x / politische Verhältnisse = 11x). Bemerkenswert ist dabei, dass die Nur -CDU-„Wähler“ in der ersten Phase der Untersuchung auch unter der Sozial-Liberalen Koalition in Bonn überdurchschnittlich häufig wirtschaftlich zufrieden waren, aber nicht mehr mit der Rot-Grünen Koalition in der zweiten Phase ab 1998. Und schließlich beschränkte sich die überdurchschnittliche Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen bei ihnen komplett auf die Zeit der Kohl-Kanzlerschaft. Diese Differenz reklamierten die FDP- affinen Wechsel-„Wähler“ überhaupt nicht. Sie waren ja durchweg überdurchschnittlich zufrieden mit beiden Bereichen.

Die Nur - SPD-„Wähler“ beurteilten insgesamt vergleichsweise selten die wirtschaftliche Entwicklung (5x) und die politischen Verhältnisse (3x) überdurchschnittlich positiv. Dabei galt ihr Lob der politischen Verhältnisse nur der SPD-geführten Schröder-Regierungszeit; ihr

¹⁸ Auf Likert-Skalen gaben wir positive und negative Messpunkte vor. Positiv- Werte heißt hier, dass die Befragten sich positiv hinsichtlich ihrer Einschätzung der jeweils aktuellen „ökonomischer Entwicklung“ oder „politische Verhältnisse“ äußerten.

¹⁹ Vgl. hierzu auch Darstellung 1.

Lob der wirtschaftlichen Entwicklung jedoch nicht der Sozial-Liberalen Schmidt-Genscher Koalition, sondern der christlich-liberalen Kohl-Genscher-Koalition in den achtziger Jahren.

Die Nur-Grüne-, „Wähler“ sahen nur einen einzigen Lichtblick in der wirtschaftlichen Entwicklung (1x) - auch zur Zeit der christlich-liberalen Kohl-Genscher-Koalition; sie zeigten sich überdurchschnittlich zufrieden mit den politischen Verhältnissen (7x) insbesondere in der zweiten Phase der Untersuchung, dabei mit der Rot-Grünen-Schröder-Fischer-Koalition.

Werfen wir noch einen Blick auf die „Wechselwähler“ und die „Nicht-Wähler“: Die Wechsel-„Wähler“ sind dank des dominanten Einflusses der FDP-affinen-, „Wähler“ gleichermaßen signifikant zufriedener als der Durchschnitt aller Befragten sowohl mit der wirtschaftlichen Entwicklung (15x) als auch mit den politischen Verhältnissen (12x). Aber auch ohne die FDP-affinen „Wähler“ kommen die Wechsel-„Wähler“ auf eine überdurchschnittlich gute Bilanzierung hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung (9x); gedämpfter aber ist ihre Zufriedenheitsrate mit den politischen Verhältnissen (5x). Auch die „Nicht-Wähler“ äußern sich häufiger als die nur-Grüne-, „Wähler“ und die Nur-SPD-, „Wähler“ positiver zur wirtschaftlichen Entwicklung (8x) und hinsichtlich der politischen Verhältnisse (7x) etwa gleich positiv wie die Nur-Grüne-, „Wähler“, aber häufiger als die Nur-SPD-, „Wähler“.

Alles in allem: Die FDP- affinen-, „Wähler“ sehen sich als die Gewinner des vergangenen Vierteljahrhunderts der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Verhältnisse - dicht gefolgt vom gesamten Sub-Segment der Wechsel- „Wähler“. Kann uns das sagen, dass jene, die nicht auf eine Partei festgelegt sind, die bei verschiedenen Wahlen in Abhängigkeit vom situationellen Kontext die Partei ihrer Wahl wechseln, die also im stilisierten Muster des „Rational-Choice“ entscheiden, die größte Zufriedenheit erreichen? Ja, aber nicht ausschließlich! Denn auch die Nur-CDU-, „Wähler“, also jene, denen wir weiter oben eine starke - gegebenenfalls affektive - Bindung an die CDU attestiert hatten, sehen sich überdurchschnittlich häufig als Nutznießer der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Verhältnisse. Sagt uns das nun wiederum, dass Stammwähler, die kontinuierlich über viele Jahre hinweg die selbe Partei wählen - sofern sie die „richtige“ (d.h. die mehrheitsfähige) gewählt haben - im Zufriedenheitsranking dominieren?

Wir glauben, die Ergebnisse heißen uns noch viel systematischer mit der Gleichzeitigkeit der Logik der Struktur und der Logik der Subjekte zu rechnen.

Die Baby-Boomer, Repräsentanten der geburtenstarken Jahrgänge von 1959-1965, sind schon rein quantitativ eine Macht. Die heute ca. 40 jährigen treten pro Geburtsjahrgang

gewissermaßen in Millionenstärke auf. Insofern als die Wahlbeteiligung gewöhnlich (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2005 und Hendrich 2003) fast stetig mit zunehmendem Alter steigt, ist auch von daher noch ein quantitativer Bedeutungszuwachs dieser Geburtskohorten zu erwarten. Darüber hinaus ist die politische Sozialisation der Baby-Boomer geprägt worden durch die Grüne-Partei²⁰. Inwieweit diese Prägung - unabhängig von kurz- oder mittelfristigen Einflussfaktoren- weiter auf Dauer gestellt ist, wird auch entscheidenden Einfluss auf die Wahlergebnisse der kommenden Jahrzehnte haben. Ohne wenn und aber können wir wohl grundsätzlich feststellen, dass die Grüne- Partei als Gewinnerin der Bildungsexpansion bezeichnet werden kann.

²⁰ Es sprechen tatsächlich einige der Ergebnisse der empirischen Wahlforschung für eine besondere Bindung der Baby-Boom-Generation mit der Grüne-Partei. J. Broschek und R.-O. Schultze deuten z.B. mit der gewählten Aussage von der „Ergrauung der Grünen 1982-2002“ auf den Tatbestand hin, dass hier ein kohortenspezifisches Wahlverhalten vorliegen kann. (Broschek/Schultze, 2006: 28)

Quellen- und Literaturverzeichnis

Baur, Nina., Verlaufsmusteranalyse, Wiesbaden 2005

Broschek, Jörg / Schultze, Rainer- O., Wahlverhalten: Wer wählt wen? In: *Hoecker, Beate* (Hg.), Politische Partizipation zwischen Konventionen und Protest, Opladen 2006

Eith, Ulrich/ Mielke, Gerd (Hg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensystem, Wiesbaden 2001

Fiorina, Morris P., Retrospective Voting in American National Elections, New Haven 1981

Friebel, Harry/Epskamp, Heinrich/Knobloch, Brigitte/Montag, Stefanie/Toth, Stephan, Bildungsbeteiligung: Chancen und Risiken, Opladen 2000

Hahn, Andreas, Die Modelle der Wahlforschung, Berlin 2000

Hendrich, C., Gibt es ein jugendspezifisches Wahlverhalten?, Hamburg 2003 (*Examensarbeit*)

Inglehart, Ronald, Modernisierung und Postmodernisierung, Frankfurt/New York 1998

Inglehart, Ronald The silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977

Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein (Ed.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York/London 1967

Reinberg, Alexander / Hummel, Markus, Vertrauter Befund. Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit, in: IAB Kurzbericht Nr. 9/2005, Nürnberg 2005

Roth, Dieter, Empirische Wahlforschung, Opladen 1998

Schmitt, Hermann, Zur vergleichenden Analyse des Einflusses gesellschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten, Mannheim 2000

Schultze, Rainer -O., Strukturierte Vielfalt als Wählerentscheidung heute?, in: E. Jesse (Hg.), Bilanz der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2003

Schwaabe, Christian, Der distanzierte Bürger, München 2002

Wolf, Armin, „Der Sieg ist das Bild“, Wien 1999 (*Examensarbeit*)

Zelle, Carsten, Der Wechselwähler, Opladen 1995

Bundeszentrale für politische Bildung, Wahlbeteiligung nach Altersgruppen 1953-2002
<http://www.bpb.de/wissen/C1157M.html> (Zugriff am 08.07.2006) 2005

Bisher erschienene Arbeitspapiere

Nr. 1 Arne Heise: EMU, Coordinanted Macroeconomic Policies and a Boost to Employment in the European Union, September 2002

Nr. 2 Arne Heise: Makroökonomisches Economic Governance: Makro-Dialoge auf nationaler und EU-Ebene, Februar 2002

Nr. 3 Arne Heise: Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung, Mai 2003

Nr. 4 Arne Heise: Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte, Oktober 2003

Nr. 5 Arne Heise: Polit-ökonomische Betrachtung zur Sozialdemokratie. Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice- und Agenda-Theorie, November 2003

Nr. 6 Arvid Kaiser: Finanzielle Selbstbeteiligung in der Gesundheitsversorgung, Dezember 2003

Nr. 7 Arne Heise: Deutsche Finanzpolitik zwischen Wachstum und Konsolidierung, März 2004

Nr. 8 Leonhard Hajen: Steuerung über Preise erfordert Stewardship, April 2004

Nr. 9 Wulf Damkowski/ Anke Rösener: Good Governance auf der lokalen Ebene, Juni 2004

Nr. 10 Anke Rösner/ Wulf Damkowski: Gender Controlling in der Kommunalverwaltung, Juni 2004

Nr. 11 Arne Heise: The Economic Policies of German ‚Third Wayism‘ in the Light of Agenda Theory, October 2004

Nr. 12 Sybille Raasch: Antidiskriminierungsgesetze: Zum Umsetzungsstand der neuen EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in Deutschland, Dezember 2004

Nr. 13 Leonhard Hajen: Präventionsgesetz im Interessenkonflikt zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung, Dezember 2004

Nr. 14 Arne Heise: Limitations to Keynesian Demand Management through monetary policy – whither Cartesian policy control, December 2004

Nr. 15 Norman Paech: Die europäische Verfassung – Ein Schritt zur Demokratisierung der EU?, April 2005

Nr. 16 Arne Heise: Political Economy of Meritocracy, July 2005

Nr. 17 Arne Heise: Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, November 2005

Nr. 18 Arne Heise: Market constellations and macroeconomic policy-making: institutional impacts on economic performance, February 2006

Nr. 19 Arne Heise: Keynesianismus, Sozialdemokratie und die Determinanten eines Regierungs- und Politikwechsels. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 im Lichte der Agenda-Theorie, August 2006